

**Geschäftsführung
Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungssteuerung und
Betriebsausschüsse APH / KIJU /
WAW**

Es informiert Sie	Sabrina Schramm
Telefon (0202)	563-6251
Fax (0202)	563-4742
E-Mail	fa.btm.azd@stadt.wuppertal.de
Datum	05.03.2014

Niederschrift

über die öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und der Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW (SI/0356/14) am 18.02.2014

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Klaus Jürgen Reese

von der CDU-Fraktion

Frau Claudia Hardt, Herr Hans-Jörg Herhausen, Herr Wilfried Josef Klein, Herr Arnold Norkowsky, Herr Michael Schulte, Herr Kurt-Joachim Wolfgang

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner, Herr Karlheinz Emmert, Herr Guido Grüning, Frau Sadiye Mesci-Alpaslan

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr-Hedemann, Herr Marc Schulz, Herr Hans-Peter Vorsteher

von der FDP-Fraktion

Herr Jörn Suika

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Gerd-Peter Zielezinski

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Günter Schiller

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Thomas Kik (ab 16.15 Uhr während der Beratung zu TOP 2.1)

als sachkundige Einwohner/in

Herr Andreas Ludwigs, Herr Wilfried Michaelis

von der Verwaltung

Herr Norbert Dölle, Frau Sylvia Hübler, Herr Dr. Stefan Kühn, Herr Wolfgang Möllers, Herr Rolf-Peter Paßmann, Herr Dr. Johannes Slawig

Mitglieder Eigenbetriebe und Gesellschaften:

Herr Baumer (Eigenbetrieb GMW Gebäudemanagement), Herr Renziehausen (Eigenbetrieb APH Alten- und Altenpflegeheime), Herr Lenz (Konzern WSW Wuppertaler Stadtwerke), Herr Zier (GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal mbH), Herr Schaarwächter (Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH), Herr Hesse (Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH), Herr Beier (Hotel AG), Herr Dölle (Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG), Herr Bente (Zweckverband Bergische Volkshochschule Solingen Wuppertal), Herr Kastien (Jobcenter Wuppertal AöR), Frau Salentijn (Eigenbetrieb Wasser und Abwasser Wuppertal)

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Jan Phillip Kühme

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Michael Schnorr

als sachkundige Einwohner/in

Herr Daniel Kolle

Schriftführerin:

Sabrina Schramm

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 17:31 Uhr

Die CDU-Fraktion beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 3.4 „Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2014 – Verwaltungsneubau der Wuppertaler Stadtwerke“ (VO/0166/14) auf eine der kommenden Ausschusssitzungen, da bei der Fraktion noch Informationsbedarf bestehe. Dem Antrag auf Vertagung wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, WfW und DIE LINKE gefolgt.

I. Öffentlicher Teil

Teil A - Angelegenheiten der participationssteuerung

1 Jahresabschlüsse

1.1 Jahresabschluss des Zweckverbandes Bergische Volkshochschule für das Geschäftsjahr 2012

Vorlage: VO/0033/14

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Die Vertreter der Stadt Wuppertal werden beauftragt, in der Zweckverbandsversammlung der Bergischen Volkshochschule wie folgt abzustimmen:

1. Der vorgelegte Jahresabschluss 2012 des Zweckverbandes Bergische Volkshochschule – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht – schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab und wird festgestellt.
2. Der Leitung des Zweckverbandes Bergische Volkshochschule wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
3. Dem Vorstandsvorsteher wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft thp treuhandpartner mbH, Eichendorffstr. 46, 47800 Krefeld, bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

1.2 Jahresabschluss der Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH für das Geschäftsjahr 2012/2013

Vorlage: VO/0035/14

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Vertreter der Stadt Wuppertal in der Gesellschafterversammlung der Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung des Unternehmens wie folgt abzustimmen:

1. Der vorgelegte Jahresabschluss der Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH für das Geschäftsjahr 2012/2013 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Lagebericht – wird mit einem Jahresfehlbetrag von 207.403,62 Euro festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2012/2013 in Höhe von 207.403,62 Euro wird der Gewinnrücklage entnommen.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.
4. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**1.3 Jahresabschluss der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH für das Geschäftsjahr 2012/2013
Vorlage: VO/0034/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Vertreter der Stadt Wuppertal in der Gesellschafterversammlung der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH wird beauftragt, in der ordentlichen Gesellschafterversammlung des Unternehmens wie folgt abzustimmen:

1. Der vorgelegte Jahresabschluss der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH für das Geschäftsjahr 2012/2013 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht – wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 70.633,58 Euro festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 70.633,58 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Beirat wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.
4. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.
5. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013/2014 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Trost, Rudoba und Partner, Wuppertal, bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Wirtschaftspläne

**2.1 Wirtschaftsplan GMW 2014
Vorlage: VO/0108/14**

Herr Stv. Vorsteher bittet um Mitteilung, inwieweit der Eigenbetrieb beabsichtigt auch zukünftig Stellen mit Beamtinnen und Beamten zu besetzen. Die Beantwortung wird mit dem Protokoll zugesagt.

Antwort des Eigenbetriebes:

Es handelt sich beim GMW um eine rechtlich unselbständige Einrichtung, deren Stellenausschreibungen sich sowohl an Beamtinnen und Beamte als auch an Tarifbeschäftigte richten. Eine Nichtberücksichtigung bzw. Ausschluss von Beamten mit entsprechender Qualifikation würde zu einer Ungleichbehandlung führen.

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Wirtschaftsplan 2014, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht, wird beschlossen.

2. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei Gegenstimme der FDP-Fraktion

**2.2 Wirtschaftsplan der Jobcenter Wuppertal AöR für das Geschäftsjahr 2014
Vorlage: VO/0026/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Rat stimmt der Entscheidung des Verwaltungsrates wie folgt zu:

Dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 –bestehend aus Erfolgsplan, Finanzplan, mittelfristiger Erfolgs- und Finanzplanung, Stellenplan und Vermögensplan- wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**2.3 Wirtschaftsplan der Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH für das Geschäftsjahr 2014/2015
Vorlage: VO/0131/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Vertreter der Stadt Wuppertal in der Gesellschafterversammlung der Wuppertaler Bühnen und Sinfonieorchester GmbH wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft wie folgt zu beschließen:

Dem von der Geschäftsführung vorgelegten Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014/2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3 Anträge und Anfragen / Allgemeine Vorlagen

**3.1 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Historische Stadthalle Wuppertal GmbH
Vorlage: VO/0135/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Vertreter der Stadt Wuppertal in der Gesellschafterversammlung der Historische Stadthalle Wuppertal GmbH wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft die in der Anlage befindliche Neufassung des Gesellschaftsvertrages zu beschließen.
2. Der Vertreter der Stadt Wuppertal in der Gesellschafterversammlung der Historische Stadthalle Wuppertal GmbH wird ermächtigt, die zur Umsetzung

erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der FDP-Fraktion

3.3 Auskunftsrechte von Ratsmitgliedern - vorläufiges Ergebnis der rechtlichen Prüfung
Vorlage: VO/0165/14

Herr Dr. Slawig stellt noch einmal klar, dass es sich bei dem vorliegenden Bericht um ein vorläufiges Ergebnis handele. Es bestünden noch offene Fragen, die noch zu prüfen seien. Es handele sich um ein Spannungsfeld zwischen Transparenzverpflichtung einerseits und Schutz der Persönlichkeitsrechte bzw. Datenschutz auf der anderen Seite. Sobald ein endgültiges Ergebnis vorläge, würde dieses im Rahmen eines Informationsgespräches kommuniziert. Die Stadt Wuppertal teile die in dem Gutachten dargestellte Rechtsauffassung und werde zukünftig (beispielsweise bei Anfragen) entsprechend verfahren.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

4 Berichte und Mitteilungen

Teil B - Finanzangelegenheiten

5 Berichtsvorlagen

5.1 Finco-Bericht zum 31.12.2013
Vorlage: VO/0060/14

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

5.2 Stand der Schulden und Kassenkredite zum 31.12.2013
Zinsentwicklung im städtischen Kreditportfolio
Vorlage: VO/0020/14

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

5.3 Externe Einstellungen im Zeitraum Januar bis Dezember 2013
Vorlage: VO/0061/14

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

5.4 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Zielerreichung 2013
Vorlage: VO/0130/14

Herr Stv. Zielezinski fragt nach den ergriffenen Maßnahmen des Zweckverbandes VHS, wodurch die höheren Mietkosten des Gebäudes Auer Schulstraße kompensiert werden konnten. Die Beantwortung wird mit dem Protokoll zugesagt.

Antwort der Verwaltung:

Durch die Aufgabe des Geschäftsbereiches Beschäftigung und Qualifizierung im Jahr 2013 wurde die Umlage seitens der Stadt an den Zweckverband reduziert.

Hierdurch konnten die erhöhten Mieten kompensiert werden, so dass insgesamt die geplante Zuschussreduzierung um insgesamt 300 T€ bis Ende 2013 erzielt werden konnte.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

5.5 Beteiligung an der NRW-Städteanleihe
Vorlage: VO/0168/14

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

6 Haushaltsangelegenheiten

7 Anträge und Anfragen / Allgemeine Vorlagen

7.1 Soziale Stadt - Perspektiven ab 2016
Vorlage: VO/0019/14

Herr Dr. Kühn ergänzt, dass es zwischenzeitlich Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf gegeben habe, wonach die Vorlage des Integrierten Handlungskonzeptes erst im Herbst 2014 erforderlich sei.

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Rat der Stadt Wuppertal beauftragt die Verwaltung für das Gebiet der Sozialen Stadt Oberbarmen/Wichlinghausen für die EU-Förderphase 2014-2020 ein neues Integriertes Handlungskonzept zu erarbeiten, das auf dem bisher Erreichten aufbaut, weitere Handlungsbedarfe benennt und bereits eingeleitete Entwicklungen stabilisiert.

Darüber hinaus soll auch für den nördlichen Bereich des Bezirks Heckinghausen ein Integriertes Handlungskonzept entwickelt werden, das die bestehenden städtebaulichen, ökonomischen und sozialen Probleme aufgreift und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation enthält.

Beide Konzepte, die möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt miteinander verzahnt werden, sollen fristgerecht – voraussichtlich im Sommer 2014 - beim Land NRW eingereicht werden, um eine Förderung ab dem Jahr 2016 zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7.2 Eckpunkte des Regionalen Strukturprogramms für die Förderperiode 2014 - 2020
Vorlage: VO/0139/14

Herr Stv. Bahr-Hedemann erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am heutigen Tag einen Ergänzungsantrag (Eckpunkte des Regionalen Strukturprogramms für die Förderperiode 2014 – 2020 - Ergänzungsantrag zu TOP 11.2 (Rat) bzw. TOP 7.2 (Ausschuss für Finanzen) vom 18.02.2014 zu TOP 11.2 (Rat) bzw. TOP 7.2 (Ausschuss Finanzen) VO/0198/14) ins Ratsinformationssystem eingestellt habe. Aufgrund der Kurzfristigkeit der heutigen Antragstellung wird auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion einvernehmlich die Beratung und Beschlussfassung an den Hauptausschuss und

Rat verwiesen.

Herr Dr. Slawig erläutert auf Nachfrage, dass die Vorlage den regionalen Rahmen für die drei bergischen Städte festlege. Anschließend werde jede Kommune ihre eigenen Projekte festlegen und den Räten zur Entscheidung vorlegen. Die WfW-Fraktion bittet darum, dass die regionale Bedarfsanalyse der Bergischen Entwicklungsagentur zur Verfügung gestellt werde. Die Verwaltung sagt dies zu.

Antwort der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH:

Das Regionale Standortkonzept ist die Grundlage bzw. das Dach der künftigen regionalen Entwicklung des Bergischen Städtedreiecks. Auf Basis von „Stärken und Schwächen Analysen (englisch: SWOT-Analyse)“ in den Themenfeldern Stadt- und Regionalentwicklung, Freizeit und Tourismus sowie Wirtschaft beinhaltet das Konzept die Bedarfsanalyse für das Bergische Städtedreieck. Aufbauend auf dem Regionalen Standortkonzept wurden verschiedene sektorale Konzepte auf regionaler Ebene erarbeitet, beispielsweise das Regionale Gewerbeflächenkonzept, das Regionale Positionspapier Wohnen, das Regionale Positionspapier Infrastruktur oder das Regionale Klimaschutzteilkonzept zu den Potenzialen Erneuerbarer Energien. Grundlage des vorgelegten Eckpunkte-papiers bilden das Regionale Standortkonzept, die in Kapitel 2 des Eckpunktepapiers genannten Konzepte und Positionspapiere, welche den Bezugsrahmen bilden, sowie die regionale Stellungnahme zum EFRE-Konsultationsverfahren.

Das Regionale Standortkonzept und die Stellungnahme des Bergischen Städtedreiecks zum Konsultationsverfahren der Ziel 2-Förderperiode 2014-2020 sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Die einzelnen Positionspapiere und Konzepte sind unter folgendem Link: <http://www.bergisches-dreieck.de/derstandort/konzepte-handlungsplaene.html> auf der Website der Bergischen Entwicklungsagentur abrufbar und werden aufgrund des hohen Dateiumfanges nicht gesondert im Ratsinformationssystem eingestellt.

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Rat beschließt die Eckpunkte des Regionalen Strukturprogramms als inhaltliche Grundlage der Positionierung des Bergischen Städtedreiecks für die Umsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in den Jahren 2014-2020.
2. Der Rat legt das Bergische Städtedreieck als räumliche Bezugsebene für die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der Umsetzung der Strukturförderung des Landes in der kommenden Förderperiode fest.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, kommunal bedeutsame Projekte innerhalb der Leitthemen zu definieren und die entsprechenden Projektvorschläge den Ratsgremien im 3. Quartal 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Rat beauftragt die Bergische Entwicklungsagentur, regional bedeutsame Projekte mit dem Schwerpunkt EFRE innerhalb der Leitthemen zu definieren sowie die Regionalagentur, regional bedeutsame Projekte mit dem Schwerpunkt ESF innerhalb der Leitthemen zu definieren. Die entsprechenden Projektvorschläge sind im 3. Quartal 2014 den Ratsgremien sowie anschließend den Gremien von BEA und Regionalagentur vorzulegen.
5. Unter Berücksichtigung der kommunalen und der regionalen Projektvorschläge wird im Anschluss gemeinsam durch die Bergische Entwicklungsagentur und die

Regionalagentur das Regionale Strukturprogramm bis zum Jahresende 2014 fertig gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**7.3 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Wuppertal
Vorlage: VO/0113/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Bericht zur Bürgerbeteiligung wird entgegengenommen und dem vorgeschlagenen weiteren Vorgehen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**7.5 Antrag zur Vorlage der Verwaltung zur Bürgerbeteiligung, VO/0113/14, und zum Antrag VO/1197/13
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 06.02.2014
Vorlage: VO/0171/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Die Verwaltung wird entsprechend ihres Vorschlages – auch unter Berücksichtigung der in der Begründung dargestellten Aspekte – beauftragt:

- die mit den bisherigen participationsverfahren gemachten Erfahrungen strukturiert aufzubereiten,
- parallel Informationen und Erkenntnisse über participationsverfahren, insbesondere aus anderen Kommunen, einzuholen und auszuwerten,
- in einem offenen Workshop unter externer Fachbegleitung/Moderation die o.a. Ergebnisse zu präsentieren und über zukünftige Strukturen und Formen der Bürgerbeteiligung zu diskutieren.
- In diese Betrachtungen sind die klassischen und zum Teil gesetzlich verankerten Instrumente der Bürgerbeteiligung einzubeziehen und hierfür Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

- Aufgrund dieser Erkenntnisse wird die Verwaltung dann für die neue Kommunalwahlperiode – möglichst im 4. Quartal 2014 – ein Gesamtkonzept für Bürgerbeteiligung in Wuppertal vorlegen.

Dieses Gesamtkonzept berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- Themen möglicher participations
- Grenzen der Bürgerbeteiligung, insbesondere im Hinblick auf die gleichberechtigte Partizipation aller Altersgruppen und Bevölkerungsschichten, die Komplexität der zu behandelnden Themen sowie die tatsächlich zur Verfügung stehenden Entscheidungsspielräume
- Regeln für den Prozess der participationsverfahren
- Einbindung der Politik

- Organisationsvorschlag für die zukünftige Steuerung/Koordinierung der Beteiligungsprojekte innerhalb der Verwaltung
- Aussagen zu den personellen Ressourcen und zur Finanzierung

Ferner beschließt der Rat:

- Ein Beteiligungskonzept muss gewährleisten, dass die Vielfalt der Interessen bei einem Vorhaben angemessen repräsentiert wird.
- Als Vertretungsorgan trifft der Rat Sachentscheidungen eigenständig, bezieht aber die Empfehlungen der Bürger aus dem Beteiligungsprozess zur Optimierung seiner Entscheidungen ein.
- Der verfassungsrechtliche Grundsatz der repräsentativen Demokratie wird nicht in Frage gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, WfW und DIE LINKE

7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.12.2013 - Leitfaden kommunale Bürgerbeteiligung

Vorlage: VO/1197/13

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei Gegenstimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, WfW und DIE LINKE

7.6 Digitaler Gremiendienst

Vorlage: VO/0156/14

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebt die Nutzungsmöglichkeiten des im Rahmen des Pilotprojektes getesteten Systems „Mandatos“ heraus, bittet jedoch die Verwaltung im weiteren Verfahren Herstellerneutralität zu erzielen. Darüber hinaus sei aus ihrer Sicht u. a. die Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen (Bezeichnungen der Vorlagen und Anlagen sowie Kenntlichmachung von Veränderungen in Sitzungseinladungen).

Herr Stv. Zielezinski fragt nach einer rechtlichen Prüfung im Hinblick auf die verpflichtende Nutzung des Digitalen Gremiendienst für die Mandatsträger, falls ein Ratsmitglied nicht papierlos arbeiten möchte.

Die Verwaltung sagt zu, die Anregungen des Ausschusses in das weitere Verfahren mit einzubeziehen und entsprechend zu prüfen.

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Rat nimmt den Bericht über die in der Pilotphase im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung gewonnenen positiven Erfahrungen mit dem Digitalen Gremiendienst zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird auf dieser Grundlage beauftragt, dem am 25. Mai

2014 neu zu wählenden Stadtrat zu seiner konstituierenden oder der darauffolgenden Sitzung einen konkreten Umsetzungsvorschlag für die Einführung des Digitalen Gremiendienstes für den Rat der Stadt und seine Ausschüsse im Sinne eines Durchführungsbeschlusses zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der WfW-Fraktion

**7.7 Neuregelung der Projektleitung im Projekt Döppersberg
Vorlage: VO/0183/14**

Herr Stv. Zielezinski stellt fest, dass sich seine Fraktion enthalten werde, jedoch nicht aufgrund von Zweifeln an der Kompetenz der Mitarbeiter der Wuppertaler Stadtwerke GmbH, sondern aus grundsätzlichen Gründen.

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Rat der Stadt stimmt dem Abschluss eines Dienstleistungsvertrages zwischen der Stadt Wuppertal und der WSW über die Gestellung eines qualifizierten, erfahrenen Projektleiters mit einem Team für die Projektleitung Döppersberg ab 01.04.2014 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Eckpunkte die Verhandlungen mit den WSW fortzusetzen und abzuschließen.
3. Die Finanzierung erfolgt aus Einsparungen bei den Personalkosten innerhalb des städtischen Haushaltes.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei Gegenstimme der WfW-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**7.8 Private Investitionen im Rahmen der Neugestaltung Wuppertal Döppersberg
Vorlage: VO/0188/14**

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ausschließlich mit der Signature Capital GmbH weitere Verhandlungen zur Umsetzung der privaten Investitionsmaßnahme zu führen. Eine entsprechende Exklusivitätsvereinbarung soll kurzfristig abgeschlossen und bis zum 31.12.2014 befristet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das exklusive Verhandlungsrecht nach Ziffer 1 durch eine schuldrechtliche Vereinbarung und grundbuchliche Eintragung auf dem Investorengrundstück durch ein Vorkaufsrecht zu Gunsten der Signature Capital GmbH abzusichern. Die betreffenden Grundstücksflächen ergeben sich aus der Anlage 1 (Grundstück Vorkaufsrecht). Das Vorkaufsrecht ist bis zum 31.03.2015 befristet. In der Vereinbarung ist zudem eine von der Signature Capital GmbH zu erklärende Löschungsbewilligung

für den Fall aufzunehmen, dass die private Investitionsmaßnahme – unabhängig vom Grund – nicht umgesetzt wird.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und entsprechende Erklärungen abzugeben, insbesondere wenn aus rechtlichen und / oder steuerlichen Gesichtspunkten die Maßnahmen nicht unmittelbar von der Signature Capital GmbH, sondern durch ein anderes mit dieser verbundenes Unternehmen (§§ 15 ff. AktG) der Signature Capital Gruppe durchgeführt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bauzeitenplan bezüglich der Eckpunkte des Investors bis zum 17.03.2014 zu prüfen und die Ergebnisse den Ratsgremien im April dieses Jahres zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Signature Capital GmbH die mit der Projektentwicklung verbundenen Kostenrisiken bis zum 17.03.2014 soweit möglich zu prüfen und die Ergebnisse den Ratsgremien im April dieses Jahres zur Entscheidung vorzulegen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Signature Capital GmbH auf Grundlage der Prüfungen gemäß vorgenannter Ziffern 4 und 5 fortzusetzen, damit bis spätestens Oktober 2014 den Ratsgremien die Grundlagen für den Abschluss des Kaufvertrages für die Investorengrundstücke (Baufeld 1) und die Inhalte eines städtebaulichen Vertrages für die Umsetzung der Maßnahme vorgelegt werden können.
7. Die Verwaltung wird ermächtigt, der Signature Capital GmbH eine Übernahme der Planungs- und Beratungskosten bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 € (brutto) schriftlich zu garantieren, wenn die Verkaufsverhandlungen endgültig scheitern sollten. Voraussetzung dafür ist, dass die Gründe für das Scheitern im Einflussbereich der Stadt Wuppertal liegen und es sich nachweislich um die Kosten handelt, die erst nach diesem Beschluss beauftragt werden und entstanden sind.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei Gegenstimmen der Fraktionen von FDP, WfW und DIE LINKE

8 Berichte und Mitteilungen

Teil C - Angelegenheiten der Eigenbetriebe APH / KIJU / WAW

9 Alten- und Altenpflegeheime

10 Berichte und Mitteilungen

Herr Dr. Kühn informiert den Ausschuss über den tragischen Unfall mit Todesfolge im städtischen Altenpflegeheim in der Herichhauser Str. in Wuppertal-Cronenberg. Er erläutert den aktuellen Kenntnisstand und informiert über die weiteren Schritte der Verwaltung bzw. des Eigenbetriebs.

11	Kinder- und Jugendwohngruppen
12	Berichte und Mitteilungen
13	Wasser und Abwasser

13.1 **Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes Wasser und Abwasser Wuppertal (WAW)**
Vorlage: VO/0049/14

Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und Betriebsausschüsse APH / KIJU / WAW vom 18.02.2014:

1. Der Wirtschaftsplan 2014, bestehend aus Erfolgsplan (Anlage 1), Vermögensplan (Anlage 2), Stellenübersicht (Anlage 3) und Stellenplan (Anlage 4) wird beschlossen.
2. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (Anlage 5) wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der FDP-Fraktion

14 **Berichte und Mitteilungen**

Stv. Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender

Sabrina Schramm
Schriftführerin